

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

26.6.1862 (No. 148)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 26. Juni.

N. 148.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreis: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Bestellungen an.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende dieses Monats abgelaufen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr., und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Voten aufgegeben werden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 24. Juni. Sechszwanzigste öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Unter dem Vorsitze des zweiten Vizepräsidenten, Hrn. Stadtdirektors Grafen v. Pennin.

Auf der Regierungsbank: Der Staatsminister der Justiz, Hr. Geh. Rath Dr. Stäbel; der Präsident des Handelsministeriums, Hr. Geh. Rath Dr. Weizel; der Präsident des Finanzministeriums, Hr. Geh. Rath Dr. Vogelmann; ferner die H. Director Baer, Ministerialrath Muth und Ministerialrath v. Freydorf.

Nachdem das Präsidium einige Mittheilungen der Zweiten Kammer bekannt gemacht, überbringt Lauer eine Petition der Gemeinde Ludwigsbafen, die Verlegung des Hauptzollamts nach Leberlingen betr.

Hofrath Bluntzschli theilt mit, daß die Kommission für die Gerichtsverfassung bereits über die in der Zweiten Kammer hierüber gefassten Beschlüsse beraten habe und in der Lage sei, darüber Bericht zu erstatten.

Das Sekretariat zeigt als neu eingekommen an:

1) Petition der Gemeinde Meersburg, die Erbauung eines Hauptzollamtsgebäudes in Leberlingen betr.

2) Petition der Gemeinde Meersburg, eine Fortsetzung der Straße von Leberlingen nach Friedrichshafen längs des Sees ufers betr.

Der Präsident eröffnet die Diskussion über den Gesetzesentwurf, die Beseitigung der Schienenwege des Großherzogthums, und wird bei dem betreffenden Gesetzartikel auch jeweils die Diskussion über die einschlägigen Petitionen und die Anträge der Eisenbahnkommission hierzu eintreten lassen.

Generalleutnant Hoffmann: Die Kommission sei von der Ansicht ausgegangen, daß zunächst die Hauptbahnen gebaut werden sollten, nämlich: die Rheinthalbahn, Odenwaldbahn und Kinzigthal-Bodensee-Bahn. Die Regierung sei damit einverstanden. Wenn die Odenwaldbahn schneller in Angriff genommen, als die Bodensee-Kinzigthal-Bahn so sei dies in Verhältnissen begründet, die das jetzige Handelsministerium nicht zu vertreten habe.

Die Kommission beantrage, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu ertheilen.

Zu Art. 1.

Lauer: Die Linie Buchen-Waldbühl müsse wohl außer der Beratung bleiben, da die Terrainschwierigkeiten und die Steigungsverhältnisse der Art seien, daß ein Eisenbahnbau in dieser Richtung wohl kaum möglich sei. Auch die volkswirtschaftlichen Interessen empfehlen gerade diese Linie nicht so dringend; die Entscheidung freilich bleibe der nochmals beabsichtigten Untersuchung vorbehalten.

Laßt man diese Linie weg, so bleibe noch die Wahl zwischen zwei Richtungen: Vorberg-Königsbafen und Cubigheim-Tauberbischofsheim. An sich wäre wohl die kürzeste Linie die geeignetste; allein man müsse auch auf andere Momente Rücksicht nehmen, welche die Petition der Stadt Tauberbischofsheim ausführlich hervorgehoben und die ganz zu Gunsten von Tauberbischofsheim sprächen. Tauberbischofsheim sei der hervorragendste Punkt auf der ganzen Route, den in die Bahnlinie zu ziehen doch auch von Wichtigkeit sei; es sei zugleich gewerbtätig und deshalb nicht unbeachtet zu lassen.

Er müsse sich daher für die Linie Cubigheim-Tauberbischofsheim aussprechen, die noch den Vortheil biete, daß dadurch eine Annäherung der Bahn an Wertheim stattfinden und die künftige Linie nach Aschaffenburg dann schon vorgezeichnet sei.

Er bitte die Regierung, diese Gründe in genaue Erwägung zu ziehen und Tauberbischofsheim möglichst zu berücksichtigen.

Geh. Rath Dr. Weizel: Die eingehendste Untersuchung

der Richtung Buchen-Waldbühl habe nicht nur das Vorhandensein technischer unüberwindlicher Hindernisse dargelegt, sondern auch die Nothwendigkeit eines beträchtlichen Mehraufwands, sowohl für den Bau als für den Betrieb dieser Linie, so daß überhaupt die technische Möglichkeit dieser Linie sehr in Frage stehe. Man habe die petitionirenden Gemeinden hiervon in Kenntniß gesetzt; sie hätten darauf gebeten, durch einen von ihnen zu ernennenden Sachverständigen eine nochmalige Untersuchung der Linie anstellen zu dürfen, nach deren Ergebnis man eine Revision der früheren Untersuchung zulassen möge. Das Gesuch sei gewährt worden — das Ergebnis wisse er noch nicht.

Dies sei die jetzige Lage der Sache, die jedoch schwerlich eine Aussicht auf Erfolg haben werde.

Es seien dann die beiden andern Linien noch übrig. Die Regierung werde nach nochmaliger, umfassender und eingehender Prüfung der für die eine und andere Linie sprechenden Gründe ihre Wahl treffen.

Lauer: Wenn die Linie Buchen-Waldbühl nicht gewählt würde, so sprächen noch mehr Gründe für die Berücksichtigung von Tauberbischofsheim, indem diese Richtung in Verbindung mit der Straße nach Miltenberg die volkswirtschaftlichen Interessen des badischen Odenwaldes mehr befriedige, als eine Bahn längs der württembergischen Grenze, welche eher für den Gebrauch von Württemberg projektiert scheine.

Generalleutnant Hoffmann: Auch die mittlere Linie habe ihre Schwierigkeiten, und was die Nähe der Grenze betreffe, so sei hierin bei beiden Linien kein großer Unterschied.

Geh. Rath Dr. Weizel: Die Regierung werde präsen und den Weg wählen, der ihr in allen Beziehungen der beste scheine.

Hofrath Dr. Bluntzschli: Bei Eisenbahn-Fragen könnten die kleinen Kirchthums-Interessen unmöglich in Berücksichtigung kommen; wenn man sich darein einlasse, so mache man Berkefährten.

Lauer: Tauberbischofsheim sei nicht der kleinste Punkt der Gegend; man habe der Rheinthal-Bahn oft den Vorwurf gemacht, daß bei ihr die Berkefährverhältnisse nicht genügend berücksichtigt worden wären.

Generalleutnant König theilt die Ansicht des Kommissionsberichts.

Handelte es sich darum, nur eine badische Bahn zu bauen, so würde wohl der Richtung Buchen-Waldbühl der Vorzug zu geben sein, weil in dieser Linie der Berkefähr schon seit langer Zeit bewege; allein für eine deutsche Eisenbahn, für ein Stück des europäischen Eisenbahn-Netzwerks scheine die Linie Vorberg-Tauberbischofsheim als die kürzere, den großen Berkefähr am schnellsten fördernde geboten.

Es sei doch zu bedenken, daß man, um Tauberbischofsheim zu berücksichtigen, z. B. die Wasserstraße bei Buch am Aborn überschreiten müßte; um so mehr, wenn eine Bahn von Wertheim nach Tauberbischofsheim in Aussicht stehe, und Tauberbischofsheim also jedenfalls in eine Eisenbahnlinie gezogen werde.

Das ganze Gesetz zeuge von einer so gründlichen Umsicht und einer so eingehenden Erwägung aller Verhältnisse, daß man das vollste Vertrauen hegen könne, das Handelsministerium werde schon die rechte Linie bestimmen.

S. 1 wird sodann einstimmig angenommen.

Ebenso der Kommissionsantrag: die Petitionen der Amtsbezirke Vorberg, Krautheim und Gerlachshausen, des Amtsbezirks Nelsheim und der Amtsbezirke Buchen und Waldbühl, ferner der Stadt Tauberbischofsheim und 21 anderer Gemeinden des Tauberthals der Regierung zur Prüfung mitzutheilen. Bezüglich der um Zweigbahnen eingekommenen Petitionen, und zwar

1) der Stadt Wertheim und 27 Gemeinden des Amtsbezirks Wertheim, sodann 5 Gemeinden des Amts Tauberbischofsheim, die Erbauung einer Zweigbahn von dem Uebergangspunkt der Odenwaldbahn über die Tauber, über Wertheim gegen Miltenberg, und um Inangriffnahme dieser Zweigbahn zugleich mit der Odenwaldbahn, bemerkt

Lauer: Er sei mit dem Kommissionsantrag einverstanden, daß Wertheim, das so oft umgangen worden sei, berücksichtigt werde.

Bei einer glücklichen Lage zeichne es sich durch Handel und Gewerbtätigkeit aus, und er hoffe, daß es bald berücksichtigt werde. Er möchte in dieser Beziehung den Kommissionsantrag in so fern verstärken, daß die Berücksichtigung Wertheims als Wunsch zu Protokoll gegeben werde, worauf er den Antrag stelle.

Graf v. Berkingen unterstützt den Antrag; die baldige Erbauung einer Eisenbahn dahin sei für Wertheim eine Lebensfrage; er zweifle nicht, daß die reizende Lage Wertheims bald einen regen Fremdenverkehr dorthin ziehen werde.

Geh. Rath Dr. Weizel ist vollkommen damit einverstanden, daß der Stadt Wertheim in Bezug auf ihre Verbindung mit einer Eisenbahn so bald als möglich geholfen werden soll.

Die Berkefährinteressen von Wertheim machten dies auch dringend nötig, indem es sonst ganz isolirt dastehende. Nun sei aber in dem andern Hause beschlossen worden, die Verbindung der Odenwaldbahn mit Wertheim solle erst dann in Angriff genommen werden, wenn durch Verhandlungen mit

der Krone Bayern festgestellt sei, daß von Wertheim ab, gegen Miltenberg, ein Anschluß zu erzielen sei.

Daß Wertheim überhaupt mit einer Eisenbahn verbunden werden solle, dafür seien alle Stimmen, und die Erbauung einer solchen Bahn scheine ihm nur eine Frage der Zeit zu sein, da die Linie Aschaffenburg-Miltenberg wohl kaum von Bayern länger umgangen werden könne, und es werde dann angelegentlichste Sorge der Regierung sein, die Linie nach Wertheim als die allein mögliche zum Zweck eines Anschlusses zu bezeichnen.

Wertheim werde dadurch in ein großes Eisenbahn-Netz gezogen, und wenn es noch eine Zeit lang warten müsse, so sei dann der Gewinn auch um so größer.

Hr. v. Stöckgen: Eine bestimmte Entscheidung der großh. Regierung für die Linie Tauberbischofsheim-Wertheim wäre um so wünschenswerther, als in diesem Fall der Streit über die Richtung der Bahn von Cubigheim aus um so leichter entschieden werden könne, da dann ja sowohl Tauberbischofsheim als Gerlachshausen berührt würden.

Hätten wir einmal nach Wertheim gebaut, so würde Bayern dort wohl anschließen müssen, da dann in Wertheim sich der Berkefähr jener ganzen Gegend konzentriren würde.

Lauer ist nur damit nicht einverstanden, daß Wertheim warten solle, bis die Linie Aschaffenburg-Würzburg mit Bayern vereinbart sei.

Die Zukunft, die Wertheim noch bevorstehen solle, werde durch Verschieben nicht erreicht. Es sei zweckmäßiger, wenn man vorgehe, und die bestimmte Absicht zu erkennen gebe, daß man nur bei Wertheim anschließe.

Für die Erklärung sei er jedoch dankbar, daß Wertheim in keinem Fall von der Eisenbahn-Verbindung ausgeschlossen werden soll.

Geh. Rath Dr. Weizel hat gegen den Antrag Lauer's nur ein Bedenken. Die Regierung könne und werde nicht mit einem Bahnbau vorangehen, wenn sie nicht durch ein Gesetz dazu ermächtigt und im Budget für die Mittel gesorgt sei.

Wolle man also, daß die Regierung vorgehe, so müsse man einen Zusatzartikel zu dem Gesetz vorschlagen.

Einem Wunsch zu Protokoll, dem ein Gesetz nicht entsprechen könne die Regierung nicht nachkommen.

Generalleutnant Hoffmann: Wertheim werde eine Eisenbahn erhalten, aber nicht eher, bis die Odenwaldbahn die Tauber erreicht habe.

Der Absicht des Antragstellers werde also auch ohne den Wunsch zu Protokoll entsprochen.

Lauer möchte wenigstens die Vorarbeiten noch in dieser Budgetperiode vorgenommen haben, denn die Verhandlungen mit Bayern würden wohl noch lange nicht stattfinden.

Graf v. Berkingen: Mit dem Zurückkommen der Stadt Wertheim zu kurz; man sollte wenigstens so weit zu kommen suchen, daß mit dem Eintritt der neuen Budgetperiode der Bau beginnen könne.

Hofrath Dr. Bluntzschli: Alles, auch die großh. Regierung, wolle Wertheim begünstigen. Auch der Redner ist dem Geiste des von Lauer gestellten Antrags zugethan. Aber in formeller Beziehung sei Manches dagegen einzuwenden, und er fürchte daher, er werde in der Minderheit bleiben und so den Eindruck, daß Alles zur Unterstützung Wertheims einig sei, schwächen.

Lauer: Da gegen den Zweck seines Antrags keine Bedenken geltend gemacht worden, sondern Alle damit übereinstimmen, ziehe er denselben zurück.

Der Kommissionsantrag: „Die Petition der Stadt Wertheim und der 32 andern Gemeinden der Amtsbezirke Wertheim und Tauberbischofsheim großh. Regierung empfehlend zu überweisen“ wird sodann einstimmig angenommen. (Fortf.)

Karlsruhe, 25. Juni. Sechszwanzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Justizministeriums, Staatsminister Dr. Stäbel; der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Dr. Vogelmann; der Präsident des Handelsministeriums, Geh. Rath Dr. Weizel; Geh. Referendar v. Borch; h. Ministerialrath Muth.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat einige Petitionen an, die wir nachtragen werden.

Die Abgg. Kirsner, Poppo und Muth zeigen fertige Berichte über die in der letzten Sitzung gemachten Vorträge an.

Zunächst erhält das Wort

Abg. May: Meine Herren! Ich habe mir das Wort erbeten, um in Kürze meine unverhohlene Freude über den endlichen Sieg des Rechts in Kurhessen auszusprechen, und zugleich dem heßlichen Bruderverworte für seine in dem ganzen Verfassungskreite an den Tag gelegte müthvolle und verfassungstreue Haltung meine vollste Anerkennung zu zollen.

Ihnen Allen, meine Herren, ist bekannt, daß durch die jüngst veröffentlichte Verordnung der kurfürstlichen Regierung vom 22. I. M. die Verfassung vom Jahr 1831, sammt dem Wahlgesetze von 1849 wieder hergestellt worden ist.

Unsere Freude über dieses Ereigniß wird aber in etwas getrübt, wenn wir sehen, daß die liberalen Ministertandbaten,

welche das Programm ausgearbeitet haben, mit welchem das neue Ministerium jetzt vor die Welt tritt, nach gethaner Arbeit, wie der Mohr in Fiesco, zur Seite geschoben wurden, und nun ein Ministerium an die Spitze der Geschäfte tritt, dessen Chef als ein eifriger Anhänger der aufgehobenen 1860er Verfassung bekannt ist. Damit wird zugleich unsere Hoffnung auf eine verfassungsmäßige Fortregierung auf ein äußerst bescheidenes Maß zurückgeführt.

Immerhin aber dürfen wir in dem erwähnten Akte der kurfürstlichen Regierung eine unzweideutige Sühne für ein langjährig geübtes Unrecht erblicken, und je größer erkennbar der Widerwille ist, mit dem sich die kurfürstliche Regierung schließlich zu diesem Akte verstand, um so größer ist auf der andern Seite die Genugthuung, welche das schwer gekränkte Rechtsbewusstsein des kurhessischen Volks und der gesammten deutschen Nation damit erhält.

Dieser Sieg des Rechts greift in seiner Bedeutung weit über die Grenzen des kurhessischen Landes hinaus. Er enthält einerseits in Betreff des verfassungsmäßigen Lebens der deutschen Bundesstaaten nach zwei Richtungen, nach oben wie nach unten, beherzigungswürdige Lehren; er wird aber auch dazu dienen, die Bundesgewalt künftighin von Eingriffen in die Rechtssphäre der Einzelregierungen und die Verfassungen der verschiedenen Bundesstaaten abzuhalten.

Obiger Sieg war aber nicht möglich ohne die bewundernswürdige Haltung des kurhessischen Volks und seiner Vertreter, welche durch ihren hohen, unbegrenzten Rechtsinn, sowie durch ihre unerschütterliche, durch keine Leiden und Prüfungen zu bewältigende Ausdauer die Bewunderung von ganz Deutschland, ja ich darf wohl sagen von ganz Europa, erregt und sich damit in der öffentlichen Meinung einen Bundesgenossen zur Seite gestellt haben, an dessen Macht schließlich jeder Widerstand scheitern mußte.

Das kurhessische Volk hat aber auch durch seinen ganz innerhalb der Grenzen des Rechts und nur mit verfassungsmäßigen Mitteln geführten Verfassungskampf, welcher nicht durch die mindeste Gewaltthat, noch durch irgend eine Ausschreitung verunzert ist, den Beweis geliefert, daß es keiner Revolutionen bedarf, um das verletzte Recht einer Nation wieder herzustellen, daß dieses vielmehr durch die ihm inne wohnende siegende Gewalt zur Geltung gelangt.

Auch Sie, meine Herren, werden diesem Verhalten des kurhessischen Volkes und seiner Vertreter Ihre Anerkennung nicht versagen, und ich hoffe, auf Ihre Bereitwilligkeit rechnen zu können, wenn ich Sie auffordere, Ihre Anerkennung durch Erheben von Ihren Sigen kund zu geben.

Abg. Fauler: Während des 12jährigen harten Kampfes, welchen das kurhessische Volk um die Erhaltung seines guten Rechtes zu bestehen hatte, sprach dieses hohe Haus zu wiederholten Malen seine wärmsten Sympathien für den schwergeprüften Bruderkamm aus, und ihre heutige einmütige Kundgebung, meine Herren, ist der volle Widerklang der innigsten Freude darüber, daß, wenn auch spät und nach vielen großen Mühen, das Recht doch endlich zum Siege gelangt ist.

Im Siege des kurfürstlichen Volkes feiert das ganze große Vaterland einen Sieg, denn Ereignisse wie in Kurhessen sind fernerhin eine Unmöglichkeit!

Nach dem jetzt vorliegenden glücklichen Ausgange können wir es geradezu als ein großes Verdienst des kurhessischen Volkes bezeichnen, daß es durch sein Leiden und Streiten die vielen Schäden und Schwächen unserer öffentlichen Rechtszustände, den ganzen Jammer unserer deutschen Verfassungsverhältnisse bloß gestellt und die Nothwendigkeit einer Bundesreform überzeugend dargethan hat; denn Niemand kann es verargen, wenn das Verhalten der deutschen Bundesbehörde den Vorgängen in Kurhessen gegenüber immer mehr und mehr zu dem Glauben hinbrängt, daß jene Institution mehr einer einseitigen Interessenvertretung dient, als sie die Ehre, das Recht, die Größe und Macht, Würde und Ansehen der Nation nach außen wie nach innen zu wahren und zu schützen vermag.

Hoffen und vertrauen wir, daß mit der neuen Wendung der Zustände in Kurhessen nicht nur diesem Brudervolke, sondern auch dem ganzen Vaterland ein neuer Stern für bessere Zukunft aufgegangen ist.

Wir aber, meine Herren, die wir in vollem glücklichen Besitze dessen sind, was dem kurhessischen Volke und vielen andern deutschen Bruderkammern noch fehlt, wir müssen uns doppelt aufgefordert fühlen, auch der groß. Regierung unsern lebhaftesten Dank auszudrücken.

Hatte sich auch die Bevölkerung überall in Deutschland längst auf Seite des kurhessischen Volkes gestellt, so war doch die groß. Regierung die erste der deutschen Regierungen, welche laut, offen und unumwunden (meine Herren, ich erinnere Sie an die Denkschrift) es aussprach und dafür eintrat, daß dem kurhessischen Volke ganz und unverkümmert sein Recht werde, und ihre Bemühungen haben an Dem, was erreicht worden, den redlichsten Antheil.

Mit gerechtem Stolze können wir darauf hinweisen, daß die Worte, mit welchen unser erhabener Fürst uns bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtags begrüßte: „Einig mit meinem Volke“, längst volle Wahrheit geworden sind, wie denn seine Befehle, unterstützt von seinen treuen Räten, getragen von der Liebe und Verehrung seines Volkes, nur darauf gerichtet sind, des Landes Wohl und Bestes zu fördern, demselben neue Segnungen zu bereiten. Lassen Sie uns, meine Herren, unsern vollsten innigsten Dank der groß. Regierung für Das, was sie für Kurhessen gethan, aussprechen, und der in ganz besonderem Maße dem Vertreter der auswärtigen Angelegenheiten, dem Hrn. Ministerialpräsidenten Hrn. v. Roggenbach, gebührt. Ich ersuche Sie, dies durch Erheben von Ihren Sigen zu thun.

Die Versammlung erhebt sich einmütig.
Abg. Kassel erstattet hierauf Bericht über die Abänderungen der Ersten Kammer an dem Entwurf des Einführungsgesetzes zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch. Die Kommission beantragt Annahme der Abänderungen, die an sich nicht wesentlich, und Berathung in abgekürzter Form. Die Kammer erklärt sich mit dem letztern Antrag einverstanden

und tritt ebenso nach kurzer Besprechung nach dem Kommissionsantrag den Beschlüssen der Ersten Kammer bei.

Die namentliche Abstimmung über das Gesetz in der abgeänderten Fassung ergibt dessen einstimmige Annahme.

Die Kammer geht hierauf über zur Berathung des Berichts des Abg. Kirsner über die Darstellung des umlaufenden Betriebsfonds des allgemeinen Staatshaushalts auf letzten Dezember 1861, sowie über den Vorschlag des Bedarfs für 1862 und 1863. Der Kommissionsantrag:

„dem Vorschlage des umlaufenden Betriebsfonds, und zwar dem Rest der Aktiven mit 4,402,800 fl. die Genehmigung zu ertheilen.“

wird nach einer kurzen Besprechung zwischen dem Berichterstatter Kirsner, Geh. Rath Vogelmann und den Abgg. Moll und Fauler über die Verhältnisse der süddeutschen Eisenindustrie angenommen.

Die Tagesordnung führt weiter zur Berathung des Berichts des Abg. Schmitt über die mit der königl. bayrischen Regierung am 27. Januar l. J. abgeschlossenen Staatsverträge.

I. über die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen den beiderseitigen Staatsbahnen in der Richtung von Würzburg nach Heidelberg.

Die Kammer genehmigt die einzelnen Artikel des Vertrags ohne Disjunktion und tritt einstimmig dem Kommissionsantrag, dem Staatsvertrage die Zustimmung zu ertheilen, bei.

II. über die Herstellung einer festen Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen.

Auf eine Anfrage des Abg. Prestinari über §. 13 des Vertrags, worin die königl. bayrische Regierung die bairische auf ihr Verlangen gegenüber der pfälzischen Ludwigsbahn-Gesellschaft zu vertreten hat, geben die Vertreter der groß. Regierung, Geh. Rath Weizel und Ministerialrath Muth, die Erklärung, daß das Verhältnis zwischen der bayrischen Regierung und der pfälzischen Ludwigsbahn und die Verpflichtungen, welche die letztere in Folge des Vertrags übernommen, von der königl. bayrischen Regierung mit Zustimmung der Stände geregelt sei; die groß. Regierung sei über alle Details dieser Uebereinkunft aufgeklärt und sehe zunächst nur mit der königl. bayrischen Regierung in Beziehung, welche die groß. Regierung gegenüber der pfälzischen Ludwigsbahn vertrete.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. Moll und des groß. Regierungskommissärs, Ministerialrath Muth, zu Art. 14 über die Nothwendigkeit des einheitlichen Betriebs, werden sämtliche Artikel genehmigt, und bei der hierauf folgenden Gesamtstimmabstimmung beiden Staatsverträgen einstimmig die Zustimmung ertheilt.

Die Kammer geht hierauf über zur Berathung von Petitionen um Erbauung von Eisenbahnen, worüber wir ausführlicher berichten werden.

Wir bemerken für heute nur, daß der Kommissionsantrag auf Tagesordnung bezüglich der Bitten von Eberbach um eine Mümmingthalbahn, bezüglich verschiedener Bitten aus dem Murgthal um Erbauung einer Murgthal-Eisenbahn, von Endingen zu Gunsten der Linie Dreisach-Endingen-Niegel angenommen wurde; die Bitte von Freiburg nebst 24 Gemeinden um alsbaldige Anordnung der nöthigen Vorarbeiten der Vermessungen und Kostenberechnungen für die Linie Freiburg-Dreisach der groß. Regierung zur Kenntnissnahme und geeigneten Berücksichtigung überwiesen, und ebenso der Kommissionsantrag, die Bitte von Stüblingen um eventuellen Anschluß an die Rheinthalbahn der groß. Regierung zur Kenntnissnahme zu überwiesen, genehmigt wurde. Schluß der Sitzung 1/4 Uhr.

In unserm Bericht in der letzten Nummer dieses Blattes hat sich ein Versehen eingeschlichen. Abg. Fröhlich bestritt nicht die Einseitigkeit, sondern die Redarbischofsheimer Linie, wie dies schon aus dessen weiter angeführten Aeußerungen hervorgeht.

Karlsruhe, 25. Juni. Siebenundzwanzigste öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 26. Juni 1862, Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abgeordneten Denig über das Budget des groß. Finanzministeriums für 1862 und 1863: I. Kameraldomänenverwaltung. II. Forstdomänenverwaltung. III. Berg- und Huttenverwaltung. IV. Steuerverwaltung. V. Salinenverwaltung. VI. Zollverwaltung. VII. Münzverwaltung. VIII. Allgemeine Kasernenverwaltung. 3) Berathung des Berichts des Generalleutnants Hoffmann über die Nachweisungen der Verwendungen zum Eisenbahnbau 1860 und 1861, und über das Eisenbahnbau-Budget 1862 und 1863.

Karlsruhe, 25. Juni. Siebenundsechzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 26. Juni, Vormittags 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts des Abgeordneten Muth über den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Accise vom Kalbsfleisch betr. 3) Erstattung und Berathung des Berichts des Abgeordneten Muth über den Gesetzentwurf, die Herabsetzung der Erbschafts- und Schenkungsaccise betr.

Deutschland.

Karlsruhe, 25. Juni. Bei der am 23. d. M. stattgehabten Erbschaftswahl eines Abgeordneten zur Zweiten Kammer für den 31. Wahlbezirk (Schweizingen-Philippsthal) wurde Dr. Gustav Hertz in Heidelberg mit 55 Stimmen gewählt. 11 Stimmen fielen auf Bezirksförster Bayer in Schoppheim.

Freiburg, 23. Juni. (Freib. Ztg.) Heute stand vor den Schranken des Schwurgerichts Christian Ettwein, lediger Bauer und Uhrenmacher von Langenschildach, angeklagt, seine 75 Jahr alte, kränkliche Mutter durch fortgesetzte Mißhandlungen und Drohungen mit Tödtung zur Errichtung eines ihm zum Nachtheil seiner Schwester begünstigenden Testaments genöthigt zu haben. Die Geschwornen erklärten den Ange-

klagten der Erpressung durch Drohung mit Mißhandlungen (nicht mit Tödtung) für schuldig, worauf das Urtheil auf 1 Jahr Arbeitshaus lautete.

Darmstadt, 23. Juni. Auf der heutigen Tagesordnung der Zweiten Kammer stand die Berathung über den die Presse, insbesondere die Pressevergehen betreffenden Gesetzentwurf. Die in Bezug auf die presspolizeiliche Verordnung von 1856 angeregte Vorfrage wird erst am Schluß der Verhandlungen zur Entscheidung kommen, indem sich der Ministerpräsident v. Dalwigk, welcher nebst den Hh. v. Bechtold und Creve der Sitzung beiwohnte, bis dahin die definitive Erklärung der Regierung vorbehält. Ebenso bleibt die Verhandlung über den auf jene Verordnung bezüglichen Antrag der Auschußmajorität ausgelegt. Es begann hierauf die Berathung über die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs, deren 12 erledigt wurden. Die wichtigste Debatte, an welcher sich die hervorragendsten Mitglieder der Kammer beteiligten, war die über Art. 3 Pos. 6. Das Ergebnis der langen und lebhaft geführten Diskussion war die Annahme des Auschußantrags mit 21 gegen 18 Stimmen, wonach es zur Begründung der Straffreiheit für den Verleger genügen soll, wenn der von ihm nachgewiesene Verfasser oder Herausgeber überhaupt einem deutschen Bundesstaat angehört, während nach der Regierungsvorlage vorausgesetzt wurde, daß derselbe seinen Gerichtsstand im Großherzogthum habe.

Darmstadt, 24. Juni. (Zett. J.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wird von einer Anzahl Abgeordneter der Antrag auf Bau einer Eisenbahn von Offenbach durch den Odenwald (Münzingthal) ins Badische nach Neckarelz, gestellt werden.

Wiesbaden, 23. Juni. (Mit. J.) In der vorgestern stattgehabten Sitzung der Zweiten Kammer erstattete der Abg. Koch Bericht zum Gesuche von 15 Personen aus dem Amte Herborn um Einführung der Zivilehe und Trennung von der Landeskirche, und beantragte sodann Folgendes: Da die Petenten zum Austritt aus der Landeskirche seiner Erlaubnis bedürfen und wegen der Einführung der Zivilehe bei Gelegenheit der in gleichem Betreff eingekommenen Petition der Baptisten aus dem Amte Dillenburg weiter verhandelt wird, so dürfte zur Tagesordnung überzugehen, zugleich die herzogl. Regierung zu ersuchen sein, den in der Zweiten Kammer im Jahr 1860 gefassten Beschluß: die nöthige Einleitung zu treffen, um das Verhältnis der Staatsgewalt einerseits und der katholischen und evangelischen Kirche, sowie der übrigen Religionsgesellschaften andererseits auf dem Wege der mit den Ständen zu beratenden Landesgesetzgebung im Sinne vollständiger Glaubens- und Gewissensfreiheit definitiv zu ordnen, in das Leben zu führen, welcher Antrag von der Versammlung genehmigt wurde.

Kassel, 22. Juni. (Zeit.) Das Verhalten des Kurfürsten bei dem gestrigen Ministerwechsel ist zu charakteristisch, als daß ich Ihnen nicht einiges Nähere mittheilen sollte. Bis gestern Morgen hatte noch Niemand aus der nächsten Umgebung des Kurfürsten eine Ahnung davon, daß das Ministerium Kossberg nicht zu Stande kommen werde, denn noch Abends zuvor war Kossberg mit der größten Freundschaft von dem hohen Herrn behandelt worden. Beracht erregte es dagegen, als gestern Morgen nach 10 Uhr das Personal der geheimen Kanzlei Befehl erhielt, nach Kassel sich zu begeben, wohin sich gleichzeitig der Kurfürst selbst verfügte. In Kassel angekommen, wurde das Kanzleipersonal in ein Zimmer verwiesen und beauftragt, die Entlassungsskripte für die alten und die Befehlsskripte für die neuen Minister anzufertigen. Mittlerweile empfing der Kurfürst die alten Minister in einem Zimmer und in einem andern die neuen Minister, händigte auch denselben die betreffenden Skripte selbst ein. Erst Abends 8 Uhr ließ dagegen der Kurfürst den Generaladjutanten Kossberg wissen, daß er ihm für seine gehaltenen Bemühungen danke, da er selbst nunmehr ein Ministerium sich komponirt habe. Zugleich — um den Hohn voll zu machen — erhielt Hr. v. Kossberg als Chef der Ordenskommision Befehl, den abgetretenen Ministern die ihnen verliehenen Orden verabfolgen zu lassen.

Kassel, 23. Juni. (Zeit.) Die landesherrliche Verkündigung von gestern, wodurch die Verfassung von 1831 nebst dem Wahlgesetze von 1849 wiederhergestellt wird, ist inzwischen wohl in Ihre Hände gekommen. Hr. v. Dahn hat die wohlbedachte Arbeit des Hrn. Wiegand in seiner Weise zugezogen und beschnitten und dann vom Stapel laufen lassen. Eine Würdigung des Inhalts dieser Verkündigung kann für später vorbehalten bleiben; die Aufregung, in der wir seit gestern leben, ist zu groß für dergleichen Präfragen. Auffallend ist es, daß man das Gesetzbuch gestern Abend durch Polizeidiener unentgeltlich in den Bierstuben und Gasthäusern hat vertheilen lassen; noch bemerkenswerther aber erscheint, daß ein Theil Abdrücke dieser landesherrl. Verkündigung mit dem Datum des 22., ein anderer Theil mit dem Datum des 21. Juni gedruckt wurde. Man irrt wohl nicht, wenn man beides in Zusammenhang mit der drohenden Aktion Preußens bringt. Die Intrigue, an der übrigens, wie sich nunmehr herausgestellt hat, Hr. v. Kossberg nicht Theil genommen, war sein berechnet. Man ließ die Hh. Wiegand und Zuschlag ein Programm ausarbeiten, provozierte durch Verzögerung der Annahme desselben ein neues Säbelraseln Preußens, und trat dann in der ersten Stunde mit einem Nachhessen-Ministerium hervor, um den alten Wein in neue Schläuche zu füllen [und doch den Schein des Liberalismus für sich zu haben]. Mir wird versichert, Hr. v. Dahn habe dem Grafen Berstorff in einem sehr ausführlichen Schriftstück dargethan, daß der Kurfürst gar nicht anders gefonnt habe, als ihn und Gleichgesinnte zu Ministern zu ernennen, und daß das dermalige Ministerium sich die Aufgabe stellen werde, nicht blos den Forderungen Preußens Genüge zu leisten, sondern auch den möglichst freundlichen Verkehr anzubahnen. Hr. v. Dahn soll geäußert haben, er sei ja immer ein Freund Preußens gewesen; auch wird mir glaubwürdig versichert, Hr. v. Dahn lasse überall in der Stadt verbreiten, er sei immer ein Anhänger der Verfassung von 1831 gewesen, und freue sich, dieselbe wieder herstellen zu können.

Ich erwähnte oben, Hr. v. Kossberg habe keinen Antheil an der gespielten Intrigue; bestätigt wird diese Annahme dadurch, daß derselbe seinen Abschied begehrt hat und daß Oberst v. Meyersfeld interimistisch zur Besetzung der Generaladjutantur kommandirt ist. Gerade die zunächst Beteiligten sind durch das Ministerium Dehn am meisten überrascht worden; sie glaubten jede Stunde der Genehmigung des vorgelegten Programms entgegen zu dürfen; inzwischen sahen ihre Widersacher schon im Ministerium und stümperten an der von ihnen ausgearbeiteten Verordnung herum. Wie sorgfältig man war, um den Eindruck zu verwischen, welchen der Name Dehn-Rotfeller noch hervordringen mußte, zeigt der Umstand, daß dem Redakteur der „Kass. Ztg.“, Hr. Obermüller, die polizeiliche Weisung zugeht, einigen Blättern zu telegraphiren: „Das bisherige Ministerium ist definitiv entlassen und ein neues gebildet“, die Namen aber nicht beizufügen, was wohl nur deshalb geschah, damit man auswärts glaube, die H. H. Wiegand u. s. w. seien ernannt. Die „Frankf. Postz.“ hat dieses polizeilich angeordnete Telegramm denn auch in einem Extrablatt ausgegeben. Als Merkwürdigkeit verdient noch erwähnt zu werden, daß das neue Ministerium mit einer gewissen Orientierung die bisher zu den Sitzungen der Ersten Kammer benützten Räume gekündigt hat, was hoffentlich Jedermann überzeugt, daß die neuen Minister in der That seit gestern sehr verfassungstreu sind und nicht mehr daran denken, zwei Kammern einzuführen.

Kassel, 23. Juni. (Zeit.) Der Kurfürst soll auf das ihm von den H. H. v. Kossberg und Wiegand überreichte Programm geschrieben haben: „Dienstinstruktion für Friedrich Wilhelm I. Ist aber kein Diener, sondern Befehlshaber.“ Jedenfalls charakteristisch! Der Kurfürst will nur befehlen und nur Diener haben, und solche hat er in seinen jetzigen Ministern gefunden. Uebrigens gehen diese, wie Hassenpflug im Jahr 1850, in der Stadt umher und versichern ihre liberalen Gesinnungen und ihre feste Absicht, ein verfassungsmäßiges Regiment zu führen, sowie das Kossberg-Wiegand'sche Programm zu vollziehen. Sie finden, wie damals Hassenpflug, nicht den geringsten Anlaß und Glauben. Der Eintritt der neuen Minister hat überhaupt große Heftigkeit mit Hassenpflug's Eintritt im Februar 1850, eben so schlan ausgeübt, so heimlich, so überfallend. Der Ausgang aber wird ein anderer sein. Die neuen Minister haben schon die von ihnen bisher aufs bitterste bekämpfte, von Hassenpflug zerstörte Verfassung wieder herstellen müssen. Sie werden Schritt für Schritt, nachdem der Rechtsboden und damit die feste Basis des neuen Kampfes wieder erobert ist, nachgeben müssen. Das kurpfälzische Volk hat die Macht der besonnenen und beharrlichen Befolgung eines bestimmten Ziels und des Festhaltens am Rechte kennen gelernt, und der Bundestag wird sich nicht zum zweiten Male an der kurpfälzischen Sache die Finger verbrennen wollen.

Kassel, 23. Juni. Einer Korrespondenz der „Darmstäd. Ztg.“ zufolge ist das so bestimmt erwartete Ministerium Kossberg-Wiegand hauptsächlich an dem von ihm aufgestellten Programm über Punkte der inneren Verwaltung gescheitert. Die Verfassungsfrage als solche habe dabei nicht mitgewirkt. Man nehme, wenn auch ohne zutreffenden Grund, an, daß die neueste Zusammenfassung des Ministeriums vorzugsweise dem Generalleutnant v. Haynau beizumessen sei, weil derselbe noch an demselben Tage den Besuch des Kurfürsten erhielt. Besonnene Patrioten befürchten, daß erst jetzt der heißeste Kampf entbrenne. — Der „Bayr. Ztg.“ wird berichtet: „Was immerhin als verlässlich sich herausstellt, ist, daß der Kurfürst sich zu einem liberalen Ministerium nicht entschließen kann. Ob es möglich sein wird, die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 mit für illiberal geltenden Staatsorganen durchzuführen, ist stark zu bezweifeln.“

Kassel, 24. Juni. (Zeit. Bl.) Generalleutnant v. Haynau ist Vormittags in besonderer Mission nach Wien, ebenso Generalmajor v. Bardleben Mittags nach Berlin abgereist.

Dresden, 23. Juni. (Dr. J.) Durch allerb. Dekret ist der Schluss der Kammerungen auf Donnerstag, der feierliche Schluss des Landtags (durch den Staatsminister v. Beust) auf Sonnabend anberaumt.

Dresde, 24. Juni. (Zeit. J.) Die Erste Kammer hat heute in der Schlussabstimmung den Handelsvertrag mit Frankreich, übereinstimmend mit der Beschlussfassung der Zweiten Kammer, einstimmig genehmigt.

Leipzig, 21. Juni. (Zeit. Nachr.) Einem hier stark verbreiteten Gerücht zufolge ist von dem König die Ernennung eines Handelsministers in Erwägung gezogen, und wird als dessen Vorstand Geh. Rath Dr. Weinlig bezeichnet.

Berlin, 24. Juni. In dem gestern Mittag von Sr. Maj. dem König abgehaltenen Kabinettsrathe ist die Entscheidung über die Stellung Preussens zu der nunmehrigen Wendung der Dinge in Kassel erfolgt. Kommt jetzt auch die am 21. d. M. angeordnete Konzentration der marschbereiten preussischen Truppentheile an der kurpfälzischen Grenze nicht zur Ausführung, so verbleiben doch das 4. und das 7. Armeekorps bis auf Weiteres in Marschbereitschaft. Ebenso behält der General der Infanterie v. Schack einstweilen noch das Oberkommando über diese beiden Korps. Die Sendung des kurpfälzischen Generalmajors v. Bardleben nach Berlin soll mit der Genehmigungfrage hinsichtlich des „Incidenz-falles“ bei der Mission des Generals v. Willisen in Zusammenhang stehen. Dem gestrigen Kabinettsrathe wohnten auch der General v. Schack, der Bundestagsgesandte v. Ulfeldom und der Geh. Rath v. Sydow bei. Hr. v. Ulfedom war zur Theilnahme an dieser Berathung besonders hieher berufen worden. Wie verlautet, wird derselbe schon in den nächsten Tagen auf seinen Posten nach Frankfurt zurückkehren. Wegen der Verzögerung der Entscheidung in Kassel waren zum diesseitigen militärischen Vorgehen alle Anordnungen in der Art getroffen, daß die bezeichneten Truppen am Montag den 23. nach der kurpfälzischen Grenze in Marsch gesetzt werden sollten. Dort sollten sie, wie gesagt, konzentriert werden,

Zum Garnisonsdienst in der Provinz Sachsen und im Bereich des 7. Armeekorps waren 34 Bataillone vom Gardekorps und dem 3. Armeekorps bestimmt. Bereits am Samstag 21. d. hatten die Verwaltungen der Potsdamer und der Anhaltischen Eisenbahn die Weisung erhalten, zur schleunigen Beförderung dieser Ersatztruppen nach den westlichen Landestheilen sich mit den nöthigen Transportmitteln zu versehen. Auch gingen am Sonntag schon Quartiermacher von Truppentheilen des 3. Armeekorps nach der Provinz Sachsen ab. In Folge der jetzigen Wendung der Dinge sind im Laufe des gestrigen Nachmittags alle bezüglichen Anordnungen rückgängig gemacht worden. — Der Staatsminister a. D. Graf Schwerin kommt dieser Tage von Bad Kissingen hier an, um seinen Sitz im Abgeordnetenhaus einzunehmen.

Wien, 22. Juni. In der gestrigen Sitzung hat das Herrenhaus fortgesetzt, den finanziellen Ermäßigungen des Abgeordnetenhauses gegenüber die ursprünglichen Forderungen der Regierung wieder herzustellen, ohne sich durch die Bemerkungen des Grafen Anton Auersberg irre machen zu lassen, der darauf hindeutete, daß man gerade in finanziellen Fragen doch wohl den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses mehr Gewicht beilegen sollte. — F. J. M. v. Benedek ist hier angekommen. Er wird seinen sechswoöchigen Urlaub wahrscheinlich in Laibach verleben.

Wien, 23. Juni. Obgleich in Belgrad andauernd Ruhe herrscht, läßt die dortige Regierung nichts desto weniger ihre Maßnahmen fortsetzen, als ob sie von der Ueberzeugung durchdrungen wäre, daß die eingetretene diplomatische Vermittlung der Großmächte fruchtlos bleiben müsse. Die „Scharf. Korresp.“ erzählt übrigens, daß bisher die Großmächte nur in dem einen Punkte vollständig einig seien, welcher die Verhinderung des Wiederaustrugs der Feindseligkeiten betrifft. Nicht dasselbe Einvernehmen soll zwischen denselben bezüglich der Grundlage einer definitiven Ausgleichung der zwischen der serbischen Regierung und der Porte bestehenden Differenzen älteren Datums obwalten, welche im Grunde die Schuld an dem letzten Ausbruche der offenen Feindseligkeiten tragen.

Die „Presse“ bemerkt heute, die H. H. Brinz und Rechbauer seien in dem Schreiben, welches ihnen von Seiten des Ausschusses der Frankfurter Pfingstversammlung zugegangen, zugleich eingeladen worden, noch weitere 4 Mitglieder des österr. Reichsraths in den Ausschuss mitzubringen, und zwar mit entsprechender Berücksichtigung der sog. zentralistischen und autonomistischen Fraktion im Abgeordnetenhaus. Die „Presse“ meint, die Ansicht dieser 6 Herren würde nicht genügen, die Zahl der Teilnehmer müsse eine viel größere sein. Auch müßten sie mit einem Programm hingehen, „von dem sie die Ueberzeugung in sich tragen, daß hinter demselben Deutsch-Oesterreich steht“. Das Letztere mag ganz richtig sein; aber weder die „Presse“, noch irgend ein anderes Wiener Blatt hat bis jetzt ein solches Programm aufgestellt oder auch nur angedeutet; auch wußte noch keines zu erzählen, daß ein derartiges Programm in den Kreisen der Abgeordneten existirt.

Italien.

Turin, 23. Juni. Die „Monarch. Nat.“ zeigt an, daß ein königl. Dekret die Schließung der Universität Pavia anordnet. Eine Korrespondenz der „Italie“ aus Florenz meldet, daß die Franzosen die Provinz Viterbo räumen, doch bedarf diese Nachricht der Bestätigung.

Marseille, 24. Juni. Das Paketboot „Quirinal“ ist von Civita-Vecchia angekommen. Es hat 450 Reisende von Rom, worunter die Kardinalen Morlot und Bonald, den Bischof von Orleans, Mgr. Dupanloup, und den Patriarchen von Indien, an Bord. — Briefe aus Rom berichten, daß Marquis v. Lavalette eine lange Audienz bei Sr. Heiligkeit gehabt hat. Das Gerücht ging, die französische Okkupation werde auf die Provinz Rom beschränkt. Es hieß gleichfalls, der französische Gesandte habe den ehemaligen päpstl. Ruaven, die nach Frankreich zurückkehren wollten, die Pässe verweigert. Diese Gerüchte sind jedoch nur unter Vorbehalt aufzunehmen. Die röm. Briefe sprechen außerdem von neuen Versammlungen der Mitglieder der Einheitspartei. Es ist von baldigen Manifestationen in diesem Sinne die Rede. — Aus Neapel schreibt man unterm 21., daß die von Rom gekommenen französischen Geiseln infultirt worden sind. Die Anwendung des neuen Stempelgesetzes gibt zu allgemeinen Beschwerden Veranlassung.

Frankreich.

Paris, 24. Juni. Der Gesetzgeb. Körper hat die von Hr. Fould vorgeschlagene und von der Budgetkommission verbesserte Pferde- und Wagensteuer verworfen, und zwar mit 173 gegen 73 Stimmen. — Die „Patrie“ meldet heute Abend, daß zufolge der letzten Depeschen aus Mexiko das Expeditionskorps unter General Lorencez in einer sehr gesunden fruchtbareren Gegend in der Provinz Puebla lagere und dort ohne alle Gefahr die heiße Jahreszeit zubringen könne. Angesichts dieser beruhigenden Thatsachen sei die Rede davon, die Abfindung der Verstärkungen in der Weise aufzuschieben, daß sie in den ersten Tagen Octobers in Vera-Cruz anlangen würden. Ob solch beruhigende Nachrichten wirklich eintreffen, mag dahingestellt bleiben, und wenn die Absendung von Truppen in größerer Menge vorerst unterbleibt, so geschieht es, weil Admiral Jurien de la Gravière in Fontainebleau nicht verschwiegen, daß diese Leute fast mit Gewißheit ein Opfer des Klima's werden würden. Einstweilen hat, wie es scheint, die französische Regierung von La Martinique und Guadeloupe 500 an das heiße Klima gewöhnte Neger nach Vera-Cruz geschickt, die dort während der Fieberzeit unter Kommando französischer Offiziere und Unteroffiziere den Dienst versehen. Was den Besatz der Expedition betrifft, so gewinnt es mehr und mehr Wahrscheinlichkeit, daß man sich, wie schon angedeutet, mit einigen mageren Siegesloberbeeren begnügen und dann (dem Rathe des Admirals Jurien entsprechend) mit einem Vertrage in der That abziehen wird, welcher der verschmähten Konvention von Dolebad mehr oder weniger ähnlich sehen

dürfte. Natürlich hängt viel davon ab, welche Richtung die amerikanischen Angelegenheiten bis dahin nehmen werden. Einstweilen konzentriert die französische Regierung in den amerikanischen Gewässern ein mächtiges Geschwader, indem sie die Flottendivisionen der amerikanischen Küste, des Golfs von Mexiko und der Antillen zu einem Geschwader unter Admiral Jurien de la Gravière vereinigt. Man ist gespannt, zu erfahren, was man in Washington und in London zu dieser Vorkehrung sagen wird. — Aus Russland sind für sämtliche Barone Rothschild aus Anlaß der letzten russischen Anleihe zahlreiche Orden eingetroffen. — Graf Persigny wird auf heute Abend wieder in Paris erwartet. — Die „Temps“ will wissen, daß schon in nächster Woche ein außerordentlicher Gesandter des Kaisers Alexander nach Turin abgehen wird, um die Anerkennung des Königreichs Italien zu überbringen. (?)

Nachricht. Nach Privatbriefen aus Vera-Cruz hätte vor dieser Stadt ein heftiges Gefecht zwischen den Truppen des Generals Douay und einem mexikanischen Korps stattgefunden. Letzteres wurde geworfen, und General Douay schickte sich an, seine Vereinerung mit General Lorencez zu bewerkstelligen.

Vermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 25. Juni. (Rheinische Kunstausstellung.) Die jährliche Rheinische Kunstausstellung wurde daher am 12. d. M. im großen Orangeriegebäude des groß. botanischen Gartens wieder eröffnet. Karlsruhe ist diesmal die dritte der sieben verbündeten Städte des Rheinischen Gesamtvereins. Mannheim und Stuttgart gingen voran; Freiburg, Straßburg, Mainz und Darmstadt folgen.

Was uns bei der diesjährigen Eröffnung betrafte, war eine neue Anordnung, von der wir Anfangs nicht recht wußten, was davon zu halten. Es wird nämlich gegen die bisherige langjährige Uebung, wonach das Gesamtpublikum freien Eintritt zu den Ausstellungen genoss, jetzt ein Eintrittspreis von den Nichtmitgliedern des Kunstvereins, und zwar von sechs Kreuzern am Mittwoch und Sonntag Nachmittags, an den übrigen Tagen aber ein solcher von zwölf Kreuzern erhoben. In Erwägung jedoch, daß nicht nur die sämtlichen übrigen Vereine des Rheinischen Verbandes von je her Eintrittsgeld erhoben, sondern diese Erhebung überhaupt bei sämtlichen deutschen Kunstvereinen stattfindet, finden wir auch hier ferner keinen Grund, es zu tabeln, daß der Karlsruher Kunstverein sich mit den übrigen auf gleichen Fuß stellt. Sind ja doch die Ausstellungskosten ohnedies so beträchtlich, und hat der Karlsruher Verein darum nicht weniger zu denselben beizutragen, so ist ihm eine Erhöhung seiner Einnahme um so mehr zu gönnen, als diese Mehreinnahme doch lediglich dazu verwendet wird, seine Einkäufe an Kunstgegenständen mehr als bisher auszudehnen, und somit nicht nur die Künstler und dadurch die Kunst selbst mehr und kräftiger zu unterstützen, sondern auch zugleich die Gewinne für die Aktienverloosung der Vereinsmitglieder zu vermehren.

Wie aus den im Ausstellungslotal aufgestellten Einzeichnungen ersichtlich, hat sich die Zahl der Vereinsmitglieder seit der Eröffnung der Ausstellung in beträchtlicher Weise vermehrt; ob und wie viele Beitritte in Folge vorstehender Anordnung stattgefunden haben, läßt sich natürlich nicht ermitteln; so viel aber ist sicher, daß noch in keinem Jahr sich die Anzahl der neuertretenden Mitglieder in so kurzer Zeit und in solchem Maße vermehrt hat, wie diesmal. Wir nehmen dies für ein gutes Zeichen und wünschen, daß die allgemeine Theilnahme sich noch ferner steigern möge.

Beim Besuch der Ausstellung scheint diesmal auf den ersten Anblick die Anzahl der Bilder geringer als im vorigen Jahr; dem ist aber nicht so. Von den 370 Nummern des Katalogs fallen 70 aus, theils als von Privaten angekauft und zurückgehalten, theils weil die Künstler selbst ihre Bilder dem Turnus nicht weiter folgen lassen wollen, und es bleiben 300 Bilder, also ungefähr 40 mehr. Auch waren im vorigen Jahr viel mehr Bilder von größerer Dimension vorhanden als diesmal, wo sich eine Menge Bilder von kleinem, ja kleinstem Format finden. Im Allgemeinen glauben wir, daß die diesjährige Ausstellung denen der letzten zwei oder drei Jahre an innerem Werth nicht nachsteht, obgleich es an Mitteln und selbst an geringhaltiger Waare auch nicht fehlt. Der eigentlichen historischen Bilder finden sich auch diesmal wieder nur wenige, kaum 17 bis 18 Nummern, und selbst diese wenigen haben nicht alle volle Berechtigung zu dieser Bezeichnung, abgesehen von dem Höheren oder Niederen Grad ihres inneren künstlerischen Wertes. Das Genrebild, dieser Liebling des Publikums, hält der Anzahl nach — es zählt ungefähr 70 Nummern — den vorjährigen das Gleichgewicht; die landschaftlichen Bilder, einschließlich einiger Nummern, die vorzugsweise der Thiermalerei und der Marine angehören, zählen bis auf 170. Der eigentlichen Architekturmalerei kommen 14, dem Stillleben 7 Nummern zu. Aquarelle finden wir 14, einen Kupferstich, eine Zeichnung und eine fein ausgeführte Eisenfigur.

— (Zeit. Bl.) Deutsches Schützenfest. Auf Veranlassung der hiesigen Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Schützenbundes des traten gestern Abend die Mitglieder des Deutschen Schützenbundes aus der Stadt Frankfurt in dem Saale „zur Harmonie“ zu einer Versammlung zusammen, um die beschlossene Wahl von Abgeordneten in den Gesamtausschuß des Bundes vorzunehmen. Da in hiesiger Stadt 94 Mitglieder des Schützenvereins dem Schützenbunde angehören, so waren 9 Abgeordnete zu wählen. Auf Wunsch der anwesenden Wähler übernahm Hr. Dr. E. Müller das Präsidium, und es ward hierauf bestimmt, daß die Wahl per Scrutinium stattfinden solle. Die meisten Stimmen erhielten die H. H.: Dr. E. Müller 153, F. Fabricius 140, S. R. Fries 138, Dr. Frieleben 131, Dr. v. Schweizer 102, Th. Kuden 89, J. Garmy 84, G. G. G. 81, und Reinhard 80. Da Hr. Kuden die auf ihn gefallene Wahl ablehnte, so entschied über die mit gleicher Stimmenzahl gewählten H. H. Kaiser jun. und F. Wirth das Loos, und traf dasselbe Hr. F. Wirth mit 68 Stimmen. Als Ersatzmänner wurden bezeichnet die H. H. Kaiser mit 78, Antkes mit 72, und Dr. Ebner mit 62 Stimmen.

Berichtigung. In dem Artikel: „die Frankfurter Pfingstversammlung“ in Nr. 147 sind zwei sinnenstehende Druckfehler stehen geblieben; es muß nämlich in der 3. Spalte, Zeile 34 von oben statt wichtige Verhandlungen heißen: künftige Versammlungen, und Zeile 36 von oben statt: wichtige Versammlungen künftige Versammlungen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann Rosenlein.

